



**Berthold Huber**

**Erster Vorsitzender der IG Metall**

„Wir gehen vor! Gute Arbeit. Gerechte Löhne. Starker Sozialstaat.“

### **1. Mai-Kundgebung**

Frankfurt, Römerberg

1. Mai 2010

**Sperrfrist Redebeginn**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Zeit ist reif.

Reif für einen grundlegenden Kurswechsel in Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Finanzmarktkapitalismus ist keine Perspektive. Er hat die Welt an den Rand eines Abgrunds geführt.

Weltweit schlummern noch immer faule Papiere in Milliardenhöhe bei den Finanzinstituten - (wenn sie nicht vorher an ahnungslose Kleinanleger oder Finanzminister verschertelt wurden).

Ich sage: Wer auf der falschen Spur ist, wer als Geisterfahrer noch Vollgas gibt, der provoziert den nächsten Crash.

Marktradikalismus zerstört den sozialen Zusammenhalt, vernichtet die natürlichen Lebensgrundlagen und verwüstet die Ökonomie.

Marktradikalismus schafft weder Wohlstand noch Gerechtigkeit – Marktradikalismus zerstört Wohlstand und Gerechtigkeit.

Deshalb brauchen wir einen grundlegenden Kurswechsel – und nicht alten Wein in neuen Schläuchen.

Wir brauchen einen Kurswechsel hin zu einer demokratischen Gesellschaft, in der die Wirtschaft dem Menschen dient.

Dazu gehört ein öffentlicher Sektor, der die Daseinsfürsorge an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht an den Profitinteressen von Privatanlegern und Spekulanten.

Dazu gehört mehr Mitbestimmung in den Betrieben und für die Menschen am Arbeitsplatz.

Dazu gehört "Gute Arbeit" für alle, sichere Beschäftigung und gute Tarifverträge.

Dazu gehört Chancengleichheit in der Bildung statt Auslese und Förderung privilegierter Eliten.

Kurswechsel heißt: Gerechtigkeit, Mitbestimmung und Solidarität statt Ausgrenzung, Profitwahn und rücksichtsloser Wettbewerb auf dem Rücken von Menschen und Natur.

Kolleginnen und Kollegen,

die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich ist kein Schicksal.

Es ist kein Naturereignis, wenn der Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigung wachsen.

Es ist nicht vom Himmel gefallen, wenn es einerseits immer mehr Millionäre und Milliardäre auf der Welt gibt,  
und wenn andererseits immer mehr Menschen auf dem Erdball in Armut und Elend leben müssen.

Es ist eine von Menschen gemachte Entwicklung.

Und weil diese Politik von Menschen gemacht ist, können sie Menschen auch ändern!

Die Spaltung der Gesellschaft wird doch bewusst betrieben.  
Wer gegen Arbeitslose polemisiert,  
wer politisch fantasiert, Hartz-IV-Empfänger würden ein Leben in römischer Dekadenz führen,  
wer Beschäftigte gegen Arbeitssuchende ausspielt,  
der setzt bewusst den Zusammenhalt unserer Gesellschaft auf's Spiel – der will spalten, der will die Opfer zu Tätern machen.

Kolleginnen und Kollegen,

bereits heute ist nur noch jede dritte offene Stelle ein regulärer, sozial geschützter Vollzeitarbeitsplatz.

Zwei von drei Stellen werden nur noch befristet angeboten.

Die „Süddeutsche Zeitung“ hat die Wirkung prekärer Jobs benannt: Staatsbürger werden im Betrieb wieder Untertanen.

Genau das ist der Punkt: Demokratie im Betrieb wird abgeschafft. Befristet Beschäftigte sind der Willkür der Arbeitgeber ausgeliefert.  
Da braucht man gar nicht mehr den Kündigungsschutz zu verschlechtern.  
Befristete haben faktisch gar keinen Schutz mehr. Sie können gezwungen werden, zu jedem Lohn jede Arbeit zu machen.

Und diese Bundesregierung will Befristungen noch mehr erleichtern.

Ich sage: Das ist eine Schande.

Das ist die Fortsetzung von neoliberaler Politik, die den Sozialstaat zerstört und die Menschen entrechtet.

Niedriglöhne bei Leiharbeit, befristete Jobs, schlecht bezahlte Teilzeitarbeit – das alles richtet sich massiv gerade auch gegen Jugendliche und Frauen.

Ihnen wird damit die Chance auf Zukunft und ein selbstbestimmtes Leben genommen. Sie werden zu Beschäftigten zweiter und dritter Klasse degradiert.

Gegen diese Entrechtung der Menschen setzen wir uns zu Wehr, diese Politik darf keine Zukunft haben.

Kolleginnen und Kollegen,

„der Finanzmarktkapitalismus hat abgewirtschaftet“ – wir alle hier auf dem Römer wissen das.

Aber das scheint bei den ökonomischen und politischen Eliten gar nicht angekommen zu sein.

Die machen weiter so, als sei überhaupt nichts passiert.

Rating-Agenturen, die noch vor kurzem Bestnoten für Schrottpapiere ausstellten, urteilen heute über die Zukunft demokratischer Staaten.

Banken, die sich von den Regierungen retten ließen und für ihre toxischen Wertpapiere bei der EZB gutes Geld mit einem Zinssatz von einem Prozent ausleihen, wollen an Griechenland-Krediten mit zweistelligen Zinsraten verdienen.

Hier ist EU-Hilfe gefordert und nicht das Zuschauen und Zögern – wie es die deutsche Bundesregierung pflegt.

Und ein Rat an Guido Westerwelle: Wer Steuergelder für Geschenke an Hoteliers verschwendet, soll schweigen, wenn es um Kürzungen für griechische Rentenzahlungen geht.

Ich halte fest:

Bis heute haben die Regierungen – entgegen vollmundiger Absichtserklärungen – keine Gesetze gegen Finanzmarktspekulationen erlassen.

Bis heute sind die Krisenursachen nicht ernsthaft untersucht und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen worden.

In einem Interview (*Deutschlandradio*) sagte der FDP-Finanzpolitiker Hans-Otto Solms, eine Beteiligung der Banken an den Kosten der Finanzkrise habe die Bundesregierung – so Solms wörtlich – „zu den Akten gelegt“.

Kolleginnen und Kollegen,

ich sage ungeschminkt, was das ist: Das ist Täuschung, das ist Betrug an den Menschen.

Die glauben wohl, die Menschen hätten ein kurzes Gedächtnis.

Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise versicherte die Regierung noch, selbstverständlich würden die Krisenverursacher an den Kosten beteiligt.

Zwölf Monate später ist das bereits „zu den Akten gelegt“.

Eine Bundesregierung ist nicht gewählt, um Schaden von Banken und Finanzspekulant\*innen abzuwenden, eine Bundesregierung ist gewählt, um Schaden vom Volk abzuwenden.

Natürlich werden die Milliardenkosten der Finanzkrise nicht zu den Akten gelegt – sie werden den Menschen aufgebürdet.

Wenn jetzt die hessischen Kommunen 400 Millionen Euro weniger vom Land bekommen, und deshalb Arbeitsplätze abbauen und Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger streichen müssen, wenn Schulen verrotten und Schwimmbäder geschlossen werden, dann ist das eine direkte Folge der Finanzkrise.

Das geht nach dem Prinzip: Im Boom werden die Gewinne privatisiert, in der Krise werden die Verluste sozialisiert.

Das wollen wir nicht einfach hinnehmen. Dieser Ungerechtigkeit müssen wir uns, dieser Ungerechtigkeit werden wir uns widersetzen.

Kolleginnen und Kollegen,

Faschismus und Rechtsextremismus ist keine Gefahr, an die wir uns nur an historischen Gedenktagen schauernd erinnern.

Es ist eine Gefahr in der Gegenwart.

Schaut euch in Europa um.

Ihr wisst, wie stark Rechtsextremisten und Rechtspopulisten etwa in Frankreich, Österreich oder den Niederlanden sind.

Erst in den letzten Wochen haben in Ungarn ausländerfeindliche und antisemitische Rechtsextremisten einen beängstigenden Wahlerfolg erzielt.

Diese uniformierte Garde stammt zwar aus dem Horrorkabinett der Geschichte. Aber ihre widerwärtigen Hetzparolen gegen jüdische Ungarn, ihre blutigen Hetzjagden gegen Sinti und Romas finden mitten in Europa, in der EU, im Jahre 2010 statt.

Hier wiederholt sich Geschichte nicht als Farce, sondern als eine wiederkehrende Tragödie. Und das nicht nur in Ungarn.

Wenn wir den Satz „aus der Geschichte lernen“ ernst meinen, wenn wir wirklich „den Anfängen wehren“ wollen, dann müssen wir endlich überall in Europa und erst recht bei uns in Deutschland damit anfangen.

Es ist ein Skandal, dass die Neo-Nazis der NPD regelmäßig hier in Frankfurt oder Umgebung demonstrieren können.

In diesem Jahr wollen sie ausgerechnet am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Hitler-Faschismus, in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden aufmarschieren. Gegen diese Provokation gibt es breiten Widerstand und friedlichen Protest – und das ist gut so.

Das reicht aber nicht.

Wir müssen den Faschismus auch in den Köpfen bekämpfen.

Mit diesem rechtsextremen Denken und Handeln müssen wir uns täglich auseinandersetzen: in den Betrieben und Verwaltungen, im öffentlichen wie im privaten Bereich. Das dürfen wir nicht einfach so hinnehmen. Da dürfen wir nicht schweigen.

Nur so können wir die braunen Menschenfänger politisch und gesellschaftlich isolieren.

Wir lehnen es ab, dass unter dem Schutz des Grundgesetzes faschistische Propaganda gemacht werden darf.

Deshalb ist ein Verbot der NPD überfällig.

Und nicht nur ein Verbot der NPD, sondern aller neofaschistischen Organisationen und Kameradschaften.

Kolleginnen und Kollegen,

der preußische General Carl von Clausewitz sagte einmal, Krieg sei die Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln.

Ich frage mich, welche Politik hinter dem „Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan überhaupt steckt.

Ich kann kein politisches Konzept für Frieden, Aufbau und Demokratie in Afghanistan erkennen.

Ich glaube, „Krieg gegen den Terror“ ist bereits im Ansatz das falsche Mittel.

Man kann den Terror nicht mit Bomben und Panzergranaten bekämpfen.

Ich sage: Wer den Terror bekämpfen will, der muss die Ursachen bekämpfen.

Ein wirksamer „Krieg gegen den Terror“ ist ein Krieg gegen Hunger und Armut,  
gegen Unbildung und Rückständigkeit,  
gegen Fanatismus und Perspektivlosigkeit.  
Und zwar überall auf der Welt.  
Wir dürfen das Geld nicht in Rüstung und Krieg stecken.

Wir brauchen das Geld für Ernährung, für Bildung, für Gesundheit, für Umweltschutz, für wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand auf der ganzen Welt.

Das ist Fortsetzung von Politik mit den richtigen, mit friedlichen Mitteln.

Deshalb fordere ich die Bundesregierung auf, den Aufbau Afghanistans ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu unterstützen.

Ich fordere sie auf, die deutschen Truppen schnellstmöglich zurückzuziehen.

Danke schön.